

Die Wiederbelebung von *People-to-People*-Projekten: Der Verzicht auf Israels Rechenschaftspflicht

Yara Hawari, al-shabaka.org, 06.04.21

Ein Überblick

Das Konzept „People-to-People“ (P2P), das sich auf Projekte bezieht, die palästinensische und israelische Akteur*innen der Zivilgesellschaft in Form von Kooperation und Dialog zusammenbringen, ist von geberfinanzierten Initiativen in Palästina wiederbelebt worden. P2P legt Wert auf Begriffe wie Kooperation, Verständigung und Friedensbildung und wird als positives Modell beworben zu einer Zeit, in der sich die politische Situation verschlechtert. Obwohl P2P oberflächlich betrachtet vielversprechend erscheinen mag, ist das Konzept zutiefst problematisch und stellt grundsätzliche epistemische - wie auch wesentliche vor Ort bestehende - Hindernisse dafür dar, dass Israel für seine Menschenrechtsverletzungen in Palästina zur Rechenschaft gezogen und ein gerechter Frieden erreicht werden kann.

Das israelische Regime ist de facto die souveräne Instanz vom Jordan bis zum Mittelmeer. Seit Jahrzehnten stellt es Millionen von Palästinensern unter militärische Besatzung und eignet auch weiterhin palästinensisches Land.

Das Konzept geht von dem Verständnis aus, dass es einen laufenden Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis gibt, anstatt Israels Siedlerkolonialismus und seine militärische Besatzung als die eigentliche Ursache zu benennen. Es legt zudem fest, dass Kontakt und Dialog der Weg sind, um die Gewalt und damit den Konflikt zu beenden, wodurch eine falsche Parallele zwischen der strukturellen Unterdrückung seitens der israelischen Besatzungsmacht und dem berechtigten Widerstand der unterdrückten Palästinenser konstruiert wird.

Lokale und internationale Akteure haben auch nachgewiesen, dass P2P ohne Wirkung ist, weil die große Mehrheit der Palästinenser es nicht will. Die palästinensische Zivilgesellschaft lehnt die Idee von P2P sogar einhellig ab, weil die Projekte nicht auf völkerrechtlichen Prinzipien oder einer Anerkennung palästinensischer Grundrechte beruhen. De facto untergraben sie solche Rechte auch oft.

Obwohl P2P seit den frühen 2000er Jahren rückläufig ist, wurde es vor Kurzem mit dem *Nita M. Lowey Middle East Partnership for Peace Act* wiederbelebt, der im Dezember 2020 im US-Kongress verabschiedet wurde. Das Gesetz sieht 250 Millionen Dollar über fünf Jahre für zwei Fonds vor, von denen einer sich ausdrücklich auf „Friedens- und Versöhnungsprojekte“ zwischen Palästinensern und Israelis konzentriert. Medienberichte werteten dies als einen Schritt zur Wiederaufnahme der Hilfe für die Palästinenser nach einer langen Zäsur unter der Trump-Regierung. Es wurde sogar als Impuls und frischer Ansatz für einen im übrigen stagnierenden Friedensprozess gefeiert.

Ein grober Blick auf diese Gesetzgebung und den Fonds selbst würde bei vielen progressiven Politikern nicht zwingenderweise die Alarmglocken schrillen lassen. Jedoch zeigt eine eingehendere Analyse sowohl des Gesetzestextes als auch seiner wahrscheinlichen Auswirkungen einen besorgniserregenden Präzedenzfall für die Aushöhlung des Internationalen Rechts und der palästinensischen Grundrechte und auch dafür, wie die Straffreiheit des israelischen Regimes außer Acht gelassen wird. Dieses Kurzdossier legt eine Kritik an P2P vor und zeigt, wie gefährlich dieses Konzept für das Gewährleisten der Gerechtigkeit für Palästinenser ist. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass diejenigen, die die Grundprinzipien des internationalen Rechts und die Rechte der Palästinenser unterstützen, sich gegen diesen Fonds sowie gegen das P2P-Konzept im Allgemeinen wehren und Israel für seine Verstöße zur Verantwortung ziehen sollten.

Ein problematischer und untauglicher Handlungsrahmen

P2P setzt voraus, dass die Palästinenser mit den Menschen und Entitäten kooperieren und sich mit ihnen versöhnen, die ihre Kolonisierung und Besetzung entweder hinnehmen oder direkt daran beteiligt sind.

Der Vorläufer von P2P war die *Track-II-Diplomatie* der 1980er-Jahre, bei der durch sogenannte „Backchannels“ Räume geschaffen wurden, in denen Nicht-Amtspersonen über Lösungsoptionen diskutierten mit dem Ziel, letztendlich die Personen zu beeinflussen, die an der *Track-I-Diplomatie* beteiligt waren, wo formale Verhandlungen unter Amtspersonen stattfanden. Aber P2P nahm erst richtig Fahrt auf nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens von 1993, das den Rahmen der *Track-II-Diplomatie* auf Organisationen der palästinensischen und israelischen Zivilgesellschaften ausdehnte, die nicht in erster Linie versuchten, auf offizielle Stellen Einfluss zu nehmen, sondern vielmehr ein besseres Verständnis zwischen den beiden Völkern zu schaffen.

Während der historische Entwicklungsverlauf des P2P-Modells komplex ist, ist es wichtig zu erwähnen, dass es seit den frühen 2000er Jahren eine Periode des signifikanten Rückgangs erlebte. Der Rückgang der P2P-Projekte ergab sich aus verschiedenen Faktoren, u.a. dem Ausbruch der zweiten Intifada, dem Zerfall der israelischen „Linken“ - deren Mitglieder an P2P-Projekten teilgenommen hätten - und dem Aufkommen eines neuen Konsenses in der palästinensischen Zivilgesellschaft gegen die Normalisierung im Jahr 2007.

Der Begriff der Anti-Normalisierung wurde von der palästinensischen Zivilgesellschaft geprägt und definiert. Er hat seine Wurzeln im palästinensischen Kampf gegen die britische Besatzung, der in der Großen Revolte von 1936-1939 gipfelte. Anti-Normalisierung bedeutet, dass die Palästinenser sich weigern, an Projekten, Veranstaltungen oder Aktivitäten teilzunehmen, die die Auffassung fördern, dass Israel eine legitime Entität ist, denn das würde wiederum die Beziehung zwischen dem Unterdrücker und den Unterdrückten normalisieren.

Die Taktik der Anti-Normalisierung ist ein Versuch, sich dagegen zu wehren, dass Israels Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser*innen hinter der Fassade des Dialogs legitimiert und beschönigt werden. Ein Beispiel für Normalisierung wäre ein Projekt, das israelische und palästinensische Frauen zusammenbringen will, um die jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen zu diskutieren, ohne das grundlegende Ungleichgewicht zwischen ihnen zu erwähnen, ein Ungleichgewicht, das palästinensische Frauen systematisch der Gewalt durch das israelische Regime aussetzt.

Anti-Normalisierung ist nicht einfach nur ein prinzipieller Standpunkt sondern auch eine politische Taktik, die den Handlungsrahmen für palästinensischen-israelischen Dialog und Friedensaufbau als hinfällig begreift, da er nicht auf den Grundlagen des internationalen Rechts basiert. In der Tat wird dabei klar erkannt, dass P2P-Projekte Israels Verantwortlichkeit für die Verletzung palästinensischer Rechte außer Acht lassen, und folglich sehen die Palästinenser P2P-Projekte als Taktik an, die eigens dafür konzipiert wurde, Israel Straffreiheit zu ermöglichen.

Zwar ist die Rhetorik des *Partnership for Peace Act* eine des Friedens und der Zusammenarbeit, aber eine genaue Betrachtung der Sprache der Gesetzesvorlage lässt beunruhigende Schlupflöcher erkennen, die eine völlige Untergrabung palästinensischer Rechte zulassen.

Darüber hinaus hebt P2P die Wichtigkeit der „Zusammenarbeit über Grenzen hinweg“ hervor, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Projekte in diesem Rahmen sollen „Basiskontakte und Interaktion zwischen Menschen auf den verschiedenen Seiten der Grenzen initiieren und fördern“. Im Fall von Palästina ist dies jedoch eindeutig nicht anwendbar. Wie Edward Said und andere palästinensische Intellektuelle und Aktivisten unermüdlich argumentiert haben, besteht der Konflikt nicht aus zwei gleichwertigen Seiten, die in einem symmetrischen Kampf gefangen sind. Vielmehr ist der Konflikt gekennzeichnet durch einen unerbittlichen israelischen Siedlerkolonialismus und die Unterdrückung der Palästinenser.

Die Vorstellung von einer Grenze ist ebenso falsch. Das israelische Regime ist de facto die souveräne Instanz vom Jordan bis zum Mittelmeer. Seit Jahrzehnten stellt es Millionen von Palästinensern unter militärische Besatzung und enteignet auch weiterhin palästinensisches Land.

Das Ergebnis ist die Bantustanisierung der Palästinenser in kleinen Enklaven. Das israelische Regime hat seinerseits seine Grenzen nie offiziell erklärt; dies widerspräche ihren expansionistischen Absichten. Auf diese Weise wird durch das P2P-Narrativ von zwei an einer gemeinsamen Grenze sich bekämpfenden Völkern die Realität eines besetzten und kolonisierten palästinensischen Volkes falsch dargestellt.

Was noch schlimmer ist: P2P setzt voraus, dass die Palästinenser mit den Menschen und Entitäten kooperieren und sich mit ihnen versöhnen, die ihre Kolonisierung und Besetzung entweder hinnehmen oder direkt daran beteiligt sind. So überrascht es kaum, dass diese Art von Projekten durchweg erfolglos sind. Die Analysen eines Berichts des *International Development Committee* der britischen Regierung aus dem Jahr 2014 über P2P-Programme in der Westbank zeigten tatsächlich, dass solche Projekte hohe Kosten verursachen und insgesamt „schwache Ergebnisse, geringe Skalierbarkeit und kaum vorzeigbare strategische Wirkung“ aufweisen.

Ein weiteres gängiges Narrativ ist die falsche Annahme, dass P2P-Initiativen und Finanzierungstöpfe das Potenzial haben, der palästinensischen Wirtschaft „auf die Sprünge zu helfen“ - eine gefährliche Annahme, die geschickt die Tatsache übergeht, dass die palästinensische Wirtschaft durch das israelische Regime völlig niedergehalten wird. Es ist nicht nur irreführend, sondern zieht die israelische Regierung auch nicht für ihre kontinuierliche Zerstörung der palästinensischen Wirtschaft zur Rechenschaft. Denn in der Tat wurde die

palästinensische Wirtschaft mit der Gründung des israelischen Staates 1948 und in den darauf folgenden Besetzungswellen von palästinensischem Land zerschlagen.

Die Osloer Verträge unterdrückten die palästinensische Wirtschaft noch mehr, wobei das Pariser Protokoll von 1994 besonders schädigend war. Es führte eine ungleiche Zollunion ein, die israelischen Unternehmen direkten Zugang zum palästinensischen Markt gewährte, aber den Zugang palästinensischer Waren zum israelischen Markt einschränkte; es gab dem israelischen Staat die Kontrolle über die Steuereinzahlung; und es stellte zudem die Verwendung des israelischen Schekels im Westjordanland und im Gazastreifen sicher, so dass die neu gegründete Palästinensische Autonomiebehörde (PA) keine Möglichkeit hatte, eine Finanzkontrolle auszuüben oder eine autonome makroökonomische Politik zu verfolgen.

Das bedeutet faktisch, dass das israelische Regime heute die volle direkte und indirekte Kontrolle über die Hebel der palästinensischen Wirtschaft hat. Die militärische Besetzung unterstützt dies, indem sie dem israelischen Regime ermöglicht, die täglichen wirtschaftlichen Aktivitäten der Palästinenser körperlich und räumlich zu überwachen und die Zwangsenteignung von palästinensischem Land auszuweiten.

Die Finanzspritzen für dieses System durch P2P-finanzierte Initiativen sind nicht das, was die Palästinenser brauchen. Es ist vielmehr so, wie Leila Farsakh schreibt: „Die palästinensische Wirtschaft ... kann nicht existieren, geschweige denn gedeihen, solange nicht die internationale Gemeinschaft Israel für das Völkerrecht in die Pflicht nimmt, die palästinensischen Rechte schützt und Israel zwingt, seine Besetzung zu beenden.“

Der Middle East Partnership for Peace Act

Ungeachtet der oben skizzierten grundlegenden Problematik erfährt das P2P-Konzept durch das im Dezember 2020 verabschiedete *Nita M. Lowey Middle East Partnership for Peace Act* ein Comeback. Das Gesetz wurde von der ehemaligen demokratischen Kongressabgeordneten Nita Lowey und dem republikanischen Kongressabgeordneten Jeff Fortenberry in den US-Kongress eingebracht, was die parteiübergreifende Unterstützung der Gesetzgebung erkennen lässt.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes erntete die *Alliance for Middle East Peace (ALLMEP)* die Lorbeeren für die Initiative und erklärte, sie sei das Ergebnis von „über einem Jahrzehnt der Überzeugungsarbeit“ der *ALLMEP* „für die Schaffung eines internationalen Fonds für den israelisch-palästinensischen Frieden“. *ALLMEP* nennt eine „breite Koalition“ von Unterstützern, darunter *J Street*, *der New Israel Fund*, *Jewish Federations of North America*, das *Israel Action Network*, *Churches for Middle East Peace*, *AIPAC*, *AJC* und das *Israel Policy Forum*. Bemerkenswert ist, dass alle bis auf eine dieser Organisationen bekennende Zionisten sind.

Einen Monat vor der Gesetzesinitiative verwies *ALLMEP* auf eine britische Parlamentsdebatte, die von der Abgeordneten Catherine McKinnell, Vorsitzende der *Labour Friends of Israel*, mit der Idee eines ähnlichen Fonds in Großbritannien geführt wurde. Es wurde behauptet, dass der Vorschlag breite Unterstützung sowohl von den Abgeordneten der Opposition als auch der Regierungspartei hatte. McKinnell schloss mit einem Hinweis auf den *International Fund for Ireland* und das *Good Friday Agreement* (Karfreitagsabkommen). *ALLMEP* bezieht sich in der Tat auf den *International Fund for Ireland (IFI)* als „Rahmenkonzept“ für seine Idee eines Fonds für „israelisch-palästinensischen Frieden“ und zitiert den *Partnership for Peace Act* als einen Schritt in Richtung eines solchen Fonds.

Nach der Debatte schickte McKinnell einen offenen Brief an James Cleverly, den Minister für den Nahen Osten und Nordafrika im Foreign, *Commonwealth & Development Office (FCDO)*. In dem Brief bat sie den Minister, sich mit ihr zu treffen, um das Engagement Großbritanniens für einen solchen Fonds zu besprechen. Sie bat den Minister auch zu versichern, „mit der Biden-Administration zu besprechen, wie sich der *Middle East Partnership for Peace Fund* zu einer wirklich internationalen Institution entwickeln könnte.“ Schließlich schlug sie vor, dass das Vereinigte Königreich bei den USA einen Antrag auf einen der internationalen Mitgliedersitze im Vorstand des *Partnership for Peace Act* stellen sollte.

Der Bericht des Bewilligungsausschusses des Senats vom Jahr 2019, in dem diese frühe Version der Gesetzesvorlage diskutiert wurde, explizit dafür plädierte, dass der Fonds verwendet werden sollte, „um den Handel zwischen israelischen und palästinensischen Unternehmen im Westjordanland zu fördern.“

Die Gesetzesinitiative wurde auch in den Text des *House State and Foreign Operations 2021* Bewilligungsvorlage aufgenommen. Die Vorlage sieht 50 Millionen Dollar pro Jahr über fünf Jahre vor, um zwei Fonds einzurichten: den *People-to-People Partnership for Peace Fund* durch *USAID* und die *Joint Investment for Peace Initiative* durch die *International Development Finance Corporation*. Das Geld soll in den „zwischenmenschlichen Austausch und die wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Palästinensern und Israelis investiert werden, „mit dem Ziel, zu einer verhandelten und dauerhaften Zweistaatenlösung beizutragen.“

Dieser P2P-Fonds wird vom Geschäftsführer der *US Agency for International Development (USAID)* in Absprache mit dem US-amerikanischen Außenminister und Finanzminister verwaltet und geleitet. Er wird von einem Gremium beaufsichtigt, das sich aus fünf US-Bürgern zusammensetzt, die vom Geschäftsführer der *USAID* ernannt werden.

Die Gesetzesvorlage vom Juni 2019 sieht vor, dass es sich bei den Vorstandsmitgliedern um Personen handeln muss, die „nachweislich über Erfahrung und Expertise in den Israel und die palästinensischen Gebiete betreffenden Angelegenheiten verfügen“, und verweist insbesondere auf wirtschaftliche Expertise. Zwei Sitze im Vorstand sind für Vertreter von internationalen Organisationen ausländischer Regierungen vorgesehen, daher McKinnells oben erwähnte Bitte um eine britische Vertretung.

Der Fonds wird in erster Linie von den USA finanziert werden, aber das Gesetz besagt auch, dass „zusätzliche Beiträge für den Fonds von der internationalen Gemeinschaft einschließlich von Ländern des Nahen Ostens und Europa angestrebt werden sollen.“ Arabische Staaten, die vor Kurzem ihre Beziehungen mit dem israelischen Regime normalisiert haben, werden zweifellos zu denen gehören, von denen man Beiträge verlangen wird. Es ist wohl auch anzunehmen, dass die Architekten des Fonds hoffen, dass er zum Hauptmechanismus wird, mit dessen Hilfe internationale Gelder nach Palästina geleitet werden und durch den die Palästinenser gezwungen würden, sich auf einen P2P-„Dialog“ mit den Israelis einzulassen als Voraussetzung dafür, Gelder zu erhalten. Dies wiederum würde zu einer US-amerikanischen Monopolisierung und einem Mikromanagement der Mehrzahl der von Gebern finanzierten Projekte in Palästina führen.

Aushöhlung des Internationalen Rechts und Preisgabe der israelischen Rechenschaftspflicht

Zwar ist die Rhetorik des *Partnership for Peace Act* eine des Friedens und der Zusammenarbeit, aber eine genaue Betrachtung der Sprache der Gesetzesvorlage lässt beunruhigende Schlupflöcher erkennen, die eine völlige Untergrabung palästinensischer Rechte zulassen. Damit fördert es israelische Verstöße gegen Internationales Recht. Im September 2020 stellte die Politikanalytikerin und Menschenrechtsanwältin Zaha Hassan von *Al-Shabaka* fest, dass ein früherer Entwurf der Gesetzesvorlage eine so genannte „geografische Diskriminierung“ von Antragstellern aus „Israel, der Westbank und Gaza“ verhinderte. Mit anderen Worten, jeder, einschließlich israelische Siedler im Westjordanland, konnte sich um Fördermittel bewerben.

Hassan wies tatsächlich darauf hin, dass ein Bericht des Bewilligungsausschusses des Senats vom Jahr 2019, in dem diese frühe Version der Gesetzesvorlage diskutiert wurde, explizit dafür plädierte, dass der Fonds verwendet werden sollte, „um den Handel zwischen israelischen und palästinensischen Unternehmen im Westjordanland zu fördern.“ Während die endgültige Version diese Formulierung nicht mehr enthält, bringt sie keine Formulierung, die Siedler daran hindern würde, Gelder zu beantragen. Dabei ist doch das Siedlungsprojekt des israelischen Regimes im Westjordanland, das von einer israelischen Labour-Regierung kurz nach dessen Eroberung im Jahr 1967 vom Stapel gelassen wurde, eines seiner ungeheuerlichsten Verbrechen am palästinensischen Volk.

Derzeit leben über 830.000 israelische Siedler in Hunderten von illegalen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem. Dieses kolonialistische Projekt hat einen unglaublich verheerenden Einfluss auf das palästinensische Leben in der Westbank. Ständig wird palästinensisches Land für Siedlungen und Siedlungsinfrastruktur enteignet, was die Palästinenser in immer kleinere Enklaven zwingt, die durch wenige Straßen in sehr schlechtem Zustand verbunden sind.

Hinzu kommt, dass die Siedlungen die besten Ressourcen der Westbank in Beschlag genommen haben, insbesondere Wasser. Seit Jahrzehnte gräbt die israelische Regierung systematisch Brunnen und blockiert den Zugang der Palästinenser zu Quellen in der Westbank, während sie gleichzeitig Wasser umleitet, um ihre Bevölkerung zu versorgen, einschließlich derjenigen, die in illegalen Siedlungen leben. So ist es nicht verwunderlich, dass die illegalen israelischen Siedlungen oft als das größte Hindernis für einen Frieden bezeichnet werden, auch in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates.

Obwohl diese Aktivitäten und die fortschreitende Ausdehnung des israelischen Gebiets auf palästinensisches Land von der internationalen Gemeinschaft und von Menschenrechtsgruppen immer wieder verurteilt werden, fehlt es bisher an Konsequenzen, und die israelische Regierung muss erst noch zur Rechenschaft gezogen werden. Das Gesetz „Partnerschaft für den Frieden“ geht jedoch noch weiter, als die israelische Regierung nicht zur Rechenschaft zu ziehen; es bietet bewusst ein Schlupfloch, indem es den Siedlern in illegalen Siedlungen nicht ausdrücklich verbietet, sich für die Gelder zu bewerben, und schafft somit einen Anreiz für die Siedlungstätigkeit und macht die Siedler reich.

Wie bereits erwähnt, enthielt die im Juli 2020 vom US-Repräsentantenhaus eingebrachte Bewilligungsvorlage (*Appropriations Bill*) für das Haushaltsjahr 2020-2021 Regelungen für den *Partnership for Peace Act*. Die Regelungen legen außerdem eine Reihe von Bedingungen für den Zugang zu den Geldern fest, einschließ-

lich Zugangsbeschränkungen für die Palästinenser, falls die PA eine ICC-Untersuchung der israelischen Kriegsverbrechen anstreben sollte. Der Text enthält insbesondere die folgende Klausel:

Keines der unter der Rubrik „Wirtschaftsförderungsfonds“ in diesem Gesetz bereitgestellten Mittel darf zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Verfügung gestellt werden, falls nach Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes - (I) die Palästinenser den gleichen Status wie Mitgliedsstaaten oder die Vollmitgliedschaft als Staat in den Vereinten Nationen oder in einer Sonderorganisation derselben erhalten ohne einem zwischen Israel und den Palästinensern ausgehandeltem Abkommen; oder falls die Palästinenser eine vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC International Criminal Court) gerichtlich autorisierte Ermittlung einleiten oder eine solche aktiv unterstützen, die israelische Staatsangehörige einer Ermittlung wegen angeblicher Verbrechen an Palästinensern aussetzt.

Besonders bemerkenswert ist dies, wenn man bedenkt, dass im Februar 2021 die Anklage- und die Ermittlungskammer des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) entschieden haben, dass Palästina unter die Gerichtsbarkeit des IStGH fällt und somit eine Untersuchung israelischer Kriegsverbrechen in Palästina möglich ist. Weniger als einen Monat später, im März 2021, kündigte der Chefankläger die Eröffnung eines förmlichen Prüfverfahrens an. Während dies als erster Sieg gefeiert werden kann, stehen noch viele Hürden bevor, einschließlich der Frage, ob die PA durch die Androhung, Gelder zurückzuhalten, überredet werden kann, die Ermittlungen aufzugeben oder nicht.

Im Endeffekt wird Israel nur durch die Umsetzung internationaler Sanktionen wirklich zur Rechenschaft gezogen werden. Die Rechenschaftspflicht ist wirklich der einzige Weg, um einen gerechten Frieden zu erreichen.

Obwohl der IStGH seine Zuständigkeit auch dann behalten würde, wenn die PA es aufgäbe, eine Ermittlung zu unterstützen und Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen zu stellen, hätte dies eine tiefgreifende Auswirkung auf den Fall. Es würde sicher die Verantwortung für das Einreichen von Klagen den nicht-staatlichen Akteuren wie z. B. Menschenrechts-NGOs überlassen. Von Mitgliedsstaaten eingereichte Klagen haben ein weitaus größeres politisches Gewicht, vor allem was den IStGH betrifft, der bei seinen Ermittlungen stark auf die Kooperation von Staaten angewiesen ist.

Es ist höchst problematisch, wenn eine Förderinstitution ihre Mittelvergabe auf solche Art einschränkt. Man muss daher die Aufrichtigkeit aller „Friedens- und Versöhnungs“-Bemühungen in Zweifel ziehen, die die Finanzierung aufgrund der Tatsache einschränken, dass ein Volk - oder sagen wir, ein Staat - die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen durch eine internationale richterliche Instanz anstrebt.

Darüber hinaus ist es erwähnenswert, dass die Trump-Administration mit dem „Deal des Jahrhunderts“ ganz ähnliche Vertragsklauseln präsentierte, die es der palästinensischen Führung untersagten, eine IStGH-Untersuchung anzustrengen.

Klauseln wie diese, welche das *Funding* politisieren, indem sie es an ungerechte Bedingungen knüpfen, schaden nicht nur der Sicherung der Grundrechte der Palästinenser; sie untergraben auch den gesamten internationalen Justizapparat, indem sie Israels Straffreiheit zementieren und bei schweren Völkerrechtsverstößen

seine Rechenschaftspflicht nicht einfordern. Der *Partnership for Peace Act* ist keinesfalls ein Grund zu Optimismus; es ist ein politisches Werkzeug, das eingesetzt werden kann gegen Palästinenser, die nach Rechtsmitteln suchen könnten, um das israelische Regime für ihr andauerndes Leiden unter der Besatzung zur Verantwortung zu ziehen. Es ist ein Todesurteil für alle Palästinenser, die auf den formalen gerichtlichen Wegen des internationalen Systems Gerechtigkeit suchen.

Die trügerische Fassade von Frieden und Versöhnung in Frage stellen

Dieser Beitrag hat gezeigt, wie der *Partnership for Peace Fund* innerhalb eines epistemischen Rahmens arbeitet, der darauf besteht, dass das Fehlen von Kooperation, Dialog und ökonomischen Perspektiven für Palästinenser das Haupthindernis für Frieden zwischen Palästinensern und Israelis darstellt. Auch hat dieser Beitrag gezeigt, dass dies schlichtweg nicht stimmt. Das Haupthindernis für ein „Zustandekommen des Friedens“ besteht darin, dass das israelische Regime seit mehr als sieben Jahrzehnten palästinensische Rechte missachtet und die Kolonisierung palästinensischen Landes fortsetzt.

Allerdings ist der Fonds nicht der einzige, der dieses Narrativ aufgreift. Er ist das jüngste Beispiel in einer längeren Geschichte ähnlicher P2P-Initiativen, die versuchen, die Grundrechte der Palästinenser unter dem Deckmantel von Frieden und Versöhnung zu untergraben.

Angesichts des in den USA erlassenen Gesetzes und potentieller Nachahmungsgesetze in anderen Ländern, vor allem in Großbritannien und Europa, ist es sehr wichtig, dass diejenigen, die das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser unterstützen, sich entschlossen solchen Initiativen entgegen stellen, die das Internationale Recht untergraben und der falschen Fassade des Dialogs Vorrang geben vor der Rechenschaftspflicht.

Wie Omar Barghouti feststellt:

Der Kampf ist vor allem einer für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für die Unterdrückten ... Nur durch ein Ende der Unterdrückung kann es ein echtes Potential für das geben, was ich ethische Koexistenz nenne - eine Koexistenz, die auf Gerechtigkeit und absoluter Gleichberechtigung für alle basiert und nicht auf einer Art „Herren-Sklaven-Koexistenz“, für die viele von der „Friedensindustrie“ plädieren.

Das Konzept P2P sollte im Zusammenhang mit Palästina und ohnehin in jedem Kontext von Siedlerkolonialismus, der durch eine große Machtasymmetrie gekennzeichnet ist, als untauglich und problematisch abgelehnt werden. Politiker und politische Entscheidungsträger sollten stattdessen Projekte und Initiativen unterstützen, die auf den fundamentalen Prinzipien des Internationalen Rechts und dem Schutz der Menschenrechte aufbauen, anstatt solche, die sie missachten, um den sogenannten „Dialog“ zu fördern.

Zu guter Letzt sollten sie bestehende Systeme unterstützen, die Israels siedlerkolonialistischem Expansionismus und militärischer Besatzung im Wege stehen. Dazu gehört das Verbot, illegale Siedlungsprodukte auf die internationalen Märkte zu bringen oder das *Desinvestment* von Institutionen und Unternehmen, die an Israels Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Im Endeffekt wird Israel nur durch die Umsetzung internationaler Sanktionen wirklich zur Rechenschaft gezogen werden. Die Rechenschaftspflicht ist wirklich der einzige Weg, um einen gerechten Frieden zu erreichen.

Yara Hawari ist die leitende Analystin von Al-Shabaka: The Palestinian Policy Network. Sie promovierte in Nahostpolitik an der Universität Exeter, wo sie verschiedene Bachelor-Kurse unterrichtete und weiterhin als ehrenamtliche Forschungsstipendiatin tätig ist. Neben ihrer akademischen Arbeit, die sich mit indigenen Studien und mündlicher Geschichte befasst, ist sie auch eine gefragte politische Kommentatorin, die für verschiedene Medien wie The Guardian, Foreign Policy und Al Jazeera English schreibt.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://al-shabaka.org/briefs/the-revival-of-people-to-people-projects-relinquishing-israeli-accountability/>